



BUNDES
SGK

Sozialdemokratische Gemeinschaft
für Kommunalpolitik in der
Bundesrepublik Deutschland e.V.

Grußwort
des Bürgermeisters der Stadt Laatzen,
Kandidat der SPD für das Amt des Präsidenten der Region Hannover,
Hauke Jagau,

auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK
am Freitag, dem 17. März 2006, in Hannover

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst an Gerhard einen herzlichen Glückwunsch zu der Wahl. Ich bin ja der erste Redner nach dem das Ergebnis bekannt gegeben wurde. Ich soll auch noch ein Grußwort halten, was ja – wenn man Karl Valentin mit dem alten Spruch – es wurde ja schon gesagt, nur noch nicht von jedem – ernst nimmt und nicht alles wiederholen möchte, nicht ganz leicht fällt bei den Vorrednern.

Ich möchte ganz kurz darauf hinweisen, dass Hannover nicht nur eine Stadt ist, die eine starke sozialdemokratische Prägung hat, sondern dass wir in der Region Hannover, einschließlich der Landeshauptstadt, durchaus auch einen Weitblick bei der Frage haben, wie man kommunale Aufgaben organisieren soll. Zu der Frage, was ist eigentlich die Region Hannover, von der ich glaube, dass es viele nicht wissen, der Hinweis: Wir haben hier 21 Städte und Gemeinden einschließlich der Landeshauptstadt Hannover, die gemeinsam einen wesentlichen Teil der Aufgaben, die man vernünftigerweise in einem Lebensraum gemeinsam organisieren sollte, auch gemeinsam abarbeiten. Dazu gehört die Wirtschaftsförderung, die Trägerschaft der Sozialhilfe, die Gesundheitsvorsorge mit einem Klinikum, die Naherholung, die Abfallentsorgung, die Regionale Raumordnung und der ÖPNV. Wir haben hier eine direkt gewählte Regionsversammlung, die unmittelbar aus diesen 21. Städten und Gemeinden gewählt wird.

Lieber Wolfgang, du hast eben gerade gesagt, du hattest noch nie ein kommunalpolitisches Mandat. Nächsten Sonnabend findet endgültig die Listenaufstellungen statt. Wenn du dich nett bei einer Kommune bewirbst, vielleicht hast du ja noch eine Chance, am 10. September eins zu bekommen.

Ich weiß aber nicht, liebe Genossinnen und Genossen, ob das passiert, weil wir natürlich sehr viele engagierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben, die sich lange vorbereitet haben. Ihr wisst, wie das mit den Listenaufstellungen ist. Wer da spät startet, macht oft ne Bruchlandung.

Wir haben einen direkt gewählten Repräsentanten für die Region. Das ist bisher Michael Arndt, der seit der Gründung der Region, seit 2002, dieses Amt übernommen hat. Inzwischen haben wir viele Erfolge, unter Leitung von Herbert Schmalstieg und Michael Arndt erreicht, die Fusion der Sparkassen. Sie ist die fünfstärkste Sparkasse in Deutschland. Das ist erfreulich, weil wir wissen, dass es immer wichtiger ist, dass Regional entschieden wird, was eigentlich noch an Wirtschaftsentwicklung finanziert wird. Dass nicht in London darüber entschieden wird, wo noch Investitionen sein dürfen und wie sich unser Mittelstand, wie sich unsere Betriebe weiterentwickeln können. Deshalb brauchen wir ein starkes Sparkassenwesen.

Wenn man zeitgleich noch den Auftrag erfüllen will, dass man dicht am Kunden ist, dann geht das nur in Einheiten, die wissen, wo sie stehen, die ihr Geschäft in der Region machen wollen, die aber eben auch schlagkräftig sind. Dann ist es wichtig, dass man zum Teil – auch wenn man sich nur ungern trennt – die Weitsicht hat zu sagen, ja, es ist vernünftig, bestimmte Dinge auch zusammen zu erledigen. Das machen wir in der Region Hannover seit 2002. Im September ist die erste Wiederwahl. Ich glaube, dass sich die Bilanz der Arbeit hier sehen kann.

Ich möchte gern zwei Themenbereiche, die schon erwähnt wurden, um ein paar Aspekte erweitern.

Das eine ist das Thema Familienpolitik. Wir haben die Kinderlosigkeit und die rückgehenden Kinderzahlen in dieser Woche wieder ganz deutlich und drastisch erfahren, auch mit den Prognosen über die Auswirkungen. Da hilft es nicht, Genossinnen und Genossen, wenn man

dann Lippenbekenntnisse macht und sagt, ja, wir müssen mehr für die Familien tun. Wir müssen erst einmal feststellen: Diese Gesellschaft ist hochgradig kinderfeindlich. Das ist sie in allen Bereichen. Und sie ist familienfeindlich.

Ich will mal ein lapidares Beispiel nennen, was aber Menschen bei ihren Entscheidungen ob sie Familien gründen wollen durchaus bewegt: Betrachten wir mal, was es für Auswirkungen hat, wenn ein Paar mit mittlerem Einkommen, das also immer alles selber zahlt, das nie Unterstützung bekommt und das auch bei allen Förderprogrammen genau immer über den Grenzsätzen liegt nicht mehr als Singlepaar in den Urlaub fahren kann, wenn man will, sondern wenn es auf einmal auf Schulferien angewiesen ist. Das hat zur Folge, dass eine Flugurlaubsreise fast nicht möglich ist, weil alle Kosten nahezu doppelt so hoch sind, wie in der Zwischenzeit.

Da kann man natürlich sagen, was ist das für ein schräges Kriterium?, das kann ja nicht die Grundlage der Frage sein, ob man Kinder bekommt oder nicht. Das sehe ich auch so, liebe Genossinnen und Genossen, das sehen aber die Menschen anders. Und so ist es in vielen anderen Bereichen auch.

Ich möchte hier Frau von der Leyen, die auf der Bundesebene ein flottes Wort führt, ansprechen und muss daran erinnern, dass sie einem niedersächsischen CDU-Kabinett angehörte, das mit als erstes die Lehrmittelfreiheit gestrichen hat, und damit die Familien in Niedersachsen wieder höher belastet hat. Eine CDU Regierung, die danach rangegangen ist, die Hausaufgabenhilfe zu streichen. Auch das trifft die wieder die Schwachen in unserer Gesellschaft.

Beim Thema Kinderfreundlichkeit habe ich an alle Kommunalpolitiker die herzliche Bitte: Auch wenn wir unausgeglichene Haushalte haben, die Frage, ob es uns gelingt wieder dafür zu sorgen, dass wir ein kinderfreundlicheres Klima in Deutschland bekommen, können wir nur in den Kommunen steuern. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen, weil wir sonst in der Perspektive ohne eine solche bleiben. Das ist eine der ganz zentralen Aufgaben. Ich glaube auch, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gut beraten sind, da ranzugehen.

Ich bin seit knapp zehn Jahren Bürgermeister in Laatzen. Wir haben im letzten Jahr das zweite mal die Kindergartengebühren gesenkt. Da haben uns die Kolleginnen und Kollegen von der CDU, FDF gesagt, wir sollten lieber mehr in die Qualität setzen und die Gebühren gleich lassen. Das ist ja auch ganz einleuchtend. Es war eine interessante Debatte, weil natürlich die Eltern überlegt haben, ob das vielleicht doch richtig ist, wenn man Sprachförderung stärkt und dafür mehr bezahlt. Wer Kinder hat, der denkt solidarisch, weil er es erlebt, dass es Stärken und Schwächen gibt. Wir haben als SPD sehr klar gesagt: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Es sind gesellschaftliche Kosten, wenn wir Sprache stärken. Das darf nicht die Gruppe der Eltern zusätzlich bezahlen. Deshalb haben wir die Gebühren gesenkt und haben trotzdem bei uns in der Stadt ab drei Jahren mit der Sprachförderung angefangen. Bei uns lernen alle Kinder, die in den Einrichtungen sind, die Sprachförderbedarf haben. Das sind übrigens 20 % Deutsche, das will ich auch mal ganz klar sagen. Wir machen Sprachförderung ab 3 Jahren, weil wir nicht länger zugucken wollen, weil wir nicht abwarten können, bis das Land sich bewegt. Wir müssen sicher stellen, dass die Kinder, wenn sie in die Schule kommen, schulfähig sind. Sonst können sie nicht nichts lernen. Ich glaube, das ist ein richtiger und wichtiger Schritt.

Ein letzter Punkt, Genossinnen und Genossen, weil hier auch viel Bundespolitiker sind: Wenn ihr uns schon nicht mehr Geld geben könnt oder wollt, dann habe ich die herzliche Bitte, dass ihr den neoliberalen Tendenzen und dem, was da auch in den Bereichen, was Wettbewerb und Wirtschaft angeht, fortgeschrieben wurde, entgegenwirkt.

Beispiel: Es kann doch nicht sein, dass ein Bundeskartellamt ernsthaft prüft, wenn zwei Landkreise auf freiwilliger Basis ihre Kliniken zusammenlegen, ob das wohl mit dem Wettbewerb und mit Markt vereinbar ist. Wenn wir schon nicht mehr Geld bekommen, um unsere Aufgaben ordentlich zu erledigen, dann muss es uns doch wohl erlaubt sein, dass wir uns mindestens optimal organisieren. Da ist es genauso irrwitzig, wenn umgekehrt eine Umsatzsteuerförderung kommt, wenn zwei Kommunen sagen, wir erledigen zukünftig unsere Personaleinheiten miteinander und werden an einer Stelle diese Aufgaben bündeln.

Liebe Genossinnen und Genossen auf Bundesebene, ich habe die herzliche Bitte, stellt uns gesetzlich frei davon. Stellt sicher, dass wir kooperieren dürfen. Stellt sicher, dass wir die Einheiten so bilden dürfen, dass wir möglichst effizient arbeiten können. Wir können es. Wir können es sehr gut. Es ist heute schon gesagt worden, es ist eine Organisationsfrage, wer besser ist. Wir können es auch preiswerter, weil unsere Unternehmen keine Gewinnerzielungsabsicht haben. Deshalb bitte ich darum, wenn es schon nicht mehr gibt, macht uns das Leben nicht noch schwerer. Ich weiß, dass sich nicht die Bundestagsabgeordneten solche Sachen ausdenken, aber seid etwas aufmerksamer bei den Leuten, die in den Ministerien sitzen, bei denen, die in den anderen Behörden sitzen, die sagen, Markt ist alles. Markt ist nicht alles. Das Leben vor Ort, das Menschliche, das Zwischenmenschliche ist es, was das Leben und die Lebensqualität ausmacht. In diesem Sinne bitte ich euch, uns auch zu unterstützen. Vielen Dank.